



AUSGABE 105
Juli 2012

ANALYSEN & ARGUMENTE

Ist die Krise noch zu überwinden?

ZUR AKTUELLEN LAGE IN EUROPA NACH DEM EU-GIPFEL
AM 28./29. JUNI 2012

Céline-Agathe Caro, Lukas Röber

Die Beispiele Griechenland, Spanien und Zypern zeigen, dass die unmittelbare Gefahr, welche von der Krise in der Eurozone ausgeht, noch immer nicht gebannt ist. Vielmehr muss die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU) noch langfristig stabilisiert werden. Bereits jetzt haben sich die EU-Mitgliedstaaten auf viele Mechanismen zur Bekämpfung der Krise geeinigt. Nichtsdestotrotz stimmen sie in vielen grundlegenden Fragen in Bezug auf die beste Strategie gegenüber verschiedenen Facetten der Krise noch nicht überein, was die zukünftige Gestaltung der EU bzw. der Eurozone sehr offen lässt.

Dieses Papier liefert einen Überblick der Annäherungsprozesse, die zwischen den EU-Mitgliedstaaten, insbesondere Deutschland und Frankreich, in den vergangenen Monaten stattgefunden haben, um diese mit den Ergebnissen des EU-Gipfels am 28. und 29. Juni in Verbindung zu setzen und daraus einige Schlussfolgerungen zur aktuellen Lage in der EU zu ziehen.

Ansprechpartnerin

Dr. Céline-Agathe Caro
Koordinatorin für Europapolitik
Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit
Telefon: +49(0)30 2 69 96-35 09
E-Mail: celine.caro@kas.de

Postanschrift

Konrad-Adenauer-Stiftung, 10907 Berlin

www.kas.de
publikationen@kas.de

ISBN 978-3-942775-99-1



Konrad
Adenauer
Stiftung



INHALT

3 | WACHSTUMSFÖRDERUNG

- *Gemeinschaftsebene* 3
- *Maßnahmen auf Ebene der Mitgliedstaaten* 4

4 | EURO BONDS

5 | SCHULDENTILGUNGSFONDS

6 | BANKENUNION

7 | DIE ROLLE DER EUROPÄISCHEN ZENTRALBANK

8 | AUF DEM WEG ZU EINER POLITISCHEN UNION?

DIE AUTOREN

Dr. Céline-Agathe Caro ist Koordinatorin für Europapolitik in der Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Berlin.

Lukas Röber hat 2011 den Studiengang European Studies an der Universität Twente/ Niederlande abgeschlossen und im Sommer 2012 ein Praktikum im Team Politikdialog und Analyse, Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Berlin, absolviert.



WACHSTUMSFÖRDERUNG

Wachstum ist neben dem Fiskalpakt das zentrale Thema der europäischen Debatte der letzten Monate gewesen. Dieser Kernbereich war schon zu Beginn des Jahres Gegenstand des informellen EU-Gipfels am 30. Januar, und anschließend sollte er ebenfalls ein Hauptanliegen des EU-Gipfels im Juni werden. Mit der Wahl François Hollandes zum französischen Präsidenten erhielt dieses Thema dennoch eine neue Dynamik in der Öffentlichkeit. Eine Hauptforderung des Sozialisten während seines Wahlkampfes war, den Fiskalpakt „neu zu verhandeln“, um ihn um eine Wachstumsdimension zu erweitern. Die Diskussion der letzten Monate drehte sich folglich hauptsächlich um die Frage: Wie kann Wachstum in Europa schnell und effektiv angekurbelt werden? Vor allem die deutsche und die neue französische Regierung machten in diesem Bereich Vorschläge, die sich in europäische und nationale Kategorien unterteilen lassen.¹

Gemeinschaftsebene

Wie ihre jeweiligen Wachstumspläne belegen, waren sich Paris und Berlin schon vor dem EU-Gipfel einig, dass ein europäisches Wachstumspaket nötig ist, um der Krise in der Eurozone wirksam entgegen zu treten. Zentral hierfür sind für beide Länder Maßnahmen, die bereits im ersten Halbjahr mit allen EU-Mitgliedstaaten angesprochen worden sind²:

- Die bessere Nutzung der europäischen Strukturfonds zur Förderung von Forschung und Innovation, zur Unterstützung der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit;
- eine Kapitalerhöhung der Europäischen Investitionsbank (EIB) um zehn Milliarden Euro, um ihre Darlehenskapazität um 60 Milliarden Euro zu erhöhen, ebenfalls mit dem Ziel, die KMU zu unterstützen und Infrastrukturvorhaben zu fördern;
- die Einführung von sogenannten Projektanleihen – oder Projektbonds –, um Fonds für europäische Infrastrukturprojekte (z. B. im Bereich Energie und Transport) unter Beteiligung des privaten Sektors verstärkt zu mobilisieren.

Was die Projektbonds betrifft, konnten sich die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten bereits bei einem informellen Treffen in Brüssel am 23. Mai einigen. Bis 2013 soll dieses Modell nun in Form einer Pilotphase getestet werden, für welche 230 Millionen Euro als Garantien aus dem EU-Haushalt bereit gestellt werden.³ Die Bundesregierung stellte darüber hinaus im Falle einer positiven Evaluierung der Pilotphase eine Erhöhung auf eine Milliarde Euro in Aussicht.⁴ Ohne Nennung von genauen Zahlen spricht auch die

Schlussfolgerung des EU-Gipfels von einer eventuellen Aufstockung.⁵

Die französische Regierung bezifferte Mitte Juni in ihrem Papier die geplante europäische Wachstumsförderung insgesamt auf ca. 120 Milliarden Euro (55 Milliarden aus den Strukturfonds, 60 Milliarden über die EIB und 4,5 Milliarden für die Projektbonds). Nach einem informellen Treffen am 22. Juni in Rom einigten sich Angela Merkel, François Hollande, Mario Monti und Mariano Rajoy auf eben diese Kalkulation.⁶ Wie zu erwarten, wurde auch auf dem EU-Gipfel Ende Juni im Rahmen des „Paktes für Wachstum und Beschäftigung“ ein europäisches Wachstumspaket über 120 Milliarden Euro beschlossen.⁷ Das Gewicht dieses Pakets ist allerdings zu relativieren, denn es stellt mit etwa einem Prozent des Bruttoinlandsprodukts der Europäischen Union kein massives Konjunkturprogramm dar, und es bleibt abzuwarten, ob diese z. T. zusätzlichen europäischen Ressourcen tatsächlich in nachhaltige und wachstumsrelevante Projekte investiert werden können. Auf Gemeinschaftsebene wird insofern das rasche Vorantreiben weiterer Initiativen des Paktes wie der Binnenmarktakte, der Einigung zum einheitlichen europäischen Patent oder der Stärkung des Freihandels als mindestens genauso wichtig zur Förderung des Wachstums und Beschäftigung in der EU erachtet.⁸

Darüber hinaus setzt sich die Bundesregierung – auch nach Beratungen mit den Bundestagsfraktionen – seit mehreren Monaten zusammen mit der französischen Regierung für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer in Europa ein. Diesbezüglich wurde am 22. Juni auf einem Treffen der EU-Finanzminister eine verstärkte Zusammenarbeit von zehn EU-Mitgliedstaaten in Gang gesetzt, nachdem keine Einigung mit allen 27 Ländern erzielt werden konnte. Auch dies ist in den Schlussfolgerungen des Gipfels wiederzufinden, wobei noch unklar bleibt, ob die dadurch zusätzlich erworbenen finanziellen Einnahmen, die großteils den Mitgliedsländern zugute kommen werden, für Programme zur Förderung des Wachstums verwendet werden sollen.

Des Weiteren unterstützte die Bundesregierung in ihrem Wachstumspapier den Vorschlag der EU-Kommission, 7,3 Milliarden Euro aus dem EU-Haushalt für den Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit zur Verfügung zu stellen. Sie befürwortete außerdem die Einführung einer sogenannten „Jugendgarantie“ in allen EU-Mitgliedstaaten, welche Jugendlichen einen Arbeits- bzw. Ausbildungsplatz ermöglichen soll, sowie die Verwendung von Mitteln aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF), um die Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen. Dieses Thema spielte auch im Wahlprogramm François Hollandes und im französischen Wachstumsplan eine wichtige Rolle. Auf dem Gipfel Ende Juni konnte eine Entscheidung zur Förderung der Beschäftigung insbesondere junger Menschen getroffen werden. Hier soll der Rat das



„Beschäftigungspaket“ der Kommission prüfen und dann entsprechende Entscheidungen treffen.⁹

Maßnahmen auf Ebene der Mitgliedstaaten

In der Frage der nötigen nationalen Maßnahmen zur Wachstumsförderung gehen die Meinungen von Frankreich und Deutschland wiederum klar auseinander. So kündigte der Sozialist François Hollande während des Wahlkampfs wiederholt an, umfangreiche Konjunkturprogramme aufzulegen, um die nationale Wirtschaft anzukurbeln. Frankreich sieht zur Finanzierung der Wachstumsförderung weitreichende Steuerreformen vor. So sollen neben einer neuen Reichensteuer und höherer Vermögens- und Erbschaftssteuern Überstunden in Betrieben von über zwanzig Mitarbeitern wieder besteuert werden. In Zukunft sollen zudem große Firmen wie Banken und Ölunternehmen sowie finanzielle Produkte (Dividenden, Aktien, Stock-Option) steuerlich stärker belastet werden.¹⁰

Die Bundesregierung lehnt hingegen – der Logik der Sozialen Marktwirtschaft folgend – Konjunkturprogramme und Wettbewerb verzerrende Staatseingriffe zur kurzfristigen Steigerung des Wirtschaftswachstums ab. Ihre Position beruht auf der Analyse, dass Wachstum nicht (jedenfalls nicht primär) durch den Staat initiiert werden kann, denn Wachstum ist das Ergebnis von Produkt- und Prozessinnovationen in einer wettbewerblich organisierten Marktwirtschaft. Der kluge Einsatz von Arbeitskräften und Arbeitsmitteln in Unternehmen bestimmt daher das Ergebnis des Wirtschaftens, also ob die aggregierte Wirtschaftsleistung eines Landes (das Bruttoinlandsprodukt) wächst oder stagniert. Die Rahmenbedingungen, die der Staat mitgestalten kann, spielen dabei selbstverständlich eine Rolle. Letztlich ist es aber die Wertschöpfung in Unternehmen, die in der Summe zu Wirtschaftswachstum führt. Insofern fokussiert sich die Bundesregierung vielmehr darauf, Strukturreformen einzuleiten und den Sanierungskurs nicht aus den Augen zu verlieren, um die nationale Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen. Dementsprechend sind für die deutsche Regierung u. a. folgende Maßnahmen Teil der Antwort auf die gegenwärtige Krise: Flexibilisierung und Öffnung des Arbeitsmarkts, Erhöhung der Mobilität der Arbeitnehmer innerhalb der EU sowie Bürokratieabbau, Privatisierungen und Innovation durch die KMU.¹¹

Trotzdem kam es im letzten Monat zu einer Annäherung zwischen dem Bundeskanzleramt und dem Elysée-Palast: Kurz vor dem Gipfel befürwortete François Hollande Angela Merkels Forderung nach nationalen Strukturreformen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit in den jeweiligen Mitgliedstaaten.¹² Am 10. Juli konkretisierte der französische Staatspräsident seine Forderungen bei der Eröffnung einer Konferenz über Wirtschafts- und Sozialreformen. Hollande

betitelte den Schuldenabbau als oberste Priorität – ein klarer Wandel im Vergleich zu den Wahlversprechen – und betonte die Notwendigkeit struktureller Reformen zur Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit auch für Frankreich.¹³

Entscheidend in diesem Zusammenhang ist die möglichst strikte Umsetzung der länderspezifischen Empfehlungen der Kommission wie dies ebenfalls in den Schlussfolgerungen des EU-Gipfels am 28./29. Juni unterstrichen wird. Diese Empfehlungen, die von der Kommission zum ersten Mal am 7. Juni 2011 veröffentlicht worden sind, zielen darauf ab, die Mitgliedstaaten bei der Schaffung von Wachstum und Beschäftigung bzw. bei der Umsetzung der Ziele der Strategie „Europa 2020“ zu unterstützen.¹⁴ Insbesondere die Bedeutung „weiterführender Strukturreformen“ auf nationaler Ebene wird in den Schlussfolgerungen des Gipfels betont. Unter anderem folgende Bereiche werden in diesem Kontext erwähnt: „Förderung der digitalen Wirtschaft, (...) Beseitigung ungerechtfertigter Beschränkungen für Dienstleistungserbringer und Erleichterung von Unternehmensgründungen“.¹⁵

EUROBONDS

Sogenannte Eurobonds oder Euro-Anleihen wurden bereits 2010 durch europäische Politiker ins Gespräch gebracht, um die Schwierigkeiten, die mit den hohen Staatsschulden einiger Euroländer verbunden sind, in den Griff zu bekommen. Sie stellen heute eines der umstrittensten Projekte zur Krisenlösung unter den EU-Mitgliedstaaten dar.

Eurobonds – nicht zu verwechseln mit den oben genannten Projektbonds – beruhen auf der Idee, durch gemeinschaftliche Garantien für Staatsschulden, die Zinsen für krisengeschüttelte Euroländer zu verringern, um diesen Staaten eine leichtere Refinanzierung zu ermöglichen. Wie das Beispiel Spanien zeigt, wird dies zu einem zunehmenden Problem für die Staaten. Madrid musste am 18. Juni eine Rendite von 7,1 Prozent für Staatsanleihen mit zehnjähriger Laufzeit verbuchen, während in Italien eine ähnliche Entwicklung befürchtet wird.¹⁶

Jedoch hat dieser Mechanismus gleichzeitig eine Erhöhung der Zinssätze und somit erhöhte Ausgaben für Staaten wie Deutschland zur Folge. Insbesondere Berlin, Helsinki, Den Haag und Wien wehren sich daher gegen eine Vergemeinschaftung der Staatsschulden. Nach Schätzungen des Bundesfinanzministeriums würden diese Gemeinschaftsanleihen Deutschland durch erhöhte Zinsen rund 25 Milliarden Euro jährlich kosten.¹⁷ Die Bundesregierung ist außerdem der Meinung, dass gemeinsame Schuldverschreibungen ohne eine weitreichend integrierte Fiskalpolitik mit Kontrollmechanismen keine Lösung sein kann, da es die Anreize für ausgeglichene Haushalte und Schuldensenkung der Mitglied-



staaten senkt. Vom Standpunkt der Sozialen Marktwirtschaft betrachtet, entsprechen die Eurobonds auch in keinem Fall dem Prinzip der eigenen Haftung für getroffene Fehlentscheidungen, denn es fehlt an einer gemeinsamen Fiskalpolitik.

Des Weiteren verweisen deutsche Kritiker auf verfassungsrechtliche Probleme, da das Bundesverfassungsgericht in seiner Entscheidung vom 7. September 2011 ankündigte, dass das Grundgesetz „keine dauerhaften völkervertragsrechtlichen Mechanismen“ erlaubt, „die auf eine Haftungsübernahme für Willensentscheidungen anderer Staaten hinauslaufen“.¹⁸ Die Bundeskanzlerin unterstützte diese Meinung in ihrer Regierungserklärung zum EU-Gipfel am 27. Juni 2012, als sie sagte, dass diese Mechanismen „verfassungsrechtlich fragwürdig und ökonomisch kontraproduktiv“ seien.¹⁹

In der Frage der gemeinsamen Haftung sieht sich Deutschland einer breiten Gruppe von Befürwortern gegenüber. Neben Ländern wie Italien, Frankreich und Spanien plädiert auch das „EU-Quartett“ – also die Präsidenten des Europäischen Rats, der Kommission und der Europäischen Zentralbank (EZB) sowie der Chef der Eurogruppe – in einem Papier zur Vorbereitung des Gipfels für die mittelfristige Einführung von Gemeinschaftsanleihen. Dieses Dokument knüpft allerdings die Ausgabe von gemeinsamen Schuldtiteln an strikte Konditionen: „Fortschritte bei der haushaltspolitischen Integration“ und „einen robusten Rahmen für Haushaltsdisziplin und Wettbewerbsfähigkeit (...), um risikoträchtigem Verhalten entgegenzuwirken und Verantwortungsbewusstsein und Einhaltung der Vorschriften zu fördern“.²⁰

Die in der Presse kolportierte Äußerung Angela Merkels, dass es keine gesamtschuldnerische Haftung geben werde „so lange [sie] lebe“, zog weltweit große Aufmerksamkeit auf sich. Jedoch scheint der Satz zu sehr aus dem Zusammenhang gelöst, um Eurobonds gänzlich abzuschreiben. Sicher ist, dass eine Einführung von Euro-Anleihen ohnehin mehrere Jahre dauern würde, da verschiedene Gesetzesänderungen auf nationaler und europäischer Ebene nötig wären. In einem Interview mit der Wochenzeitung *Die Zeit* bestätigte dies auch der französische Premierminister Jean-Marc Ayrault: „Eine Vergemeinschaftung von Schulden verlangt notwendigerweise eine stärkere politische Integration, und die wird mit Sicherheit mehrere Jahre in Anspruch nehmen.“²¹

Ein mögliches Instrument, um kurzfristig Ländern in finanzieller Not zu helfen, zeichnete sich mit einem Vorschlag der EU-Spitzen ab. Zeitungsberichten zufolge planten Herman Van Rompuy, José Manuel Barroso, Jean-Claude Juncker und Mario Draghi, auf dem EU-Gipfel ein Konzept für sogenannte Euro-Bills vorzulegen. In ihrem Papier *Auf dem Weg*

zu einer echten Wirtschafts- und Währungsunion wurden jedoch nicht explizit Euro-Bills, sondern lediglich die Idee kürzerer und im Umfang geringerer Anleihen erwähnt.²² Diese könnten aber die verfassungsrechtlichen Bedenken Deutschlands ausräumen, da Euro-Bills lediglich einjährige Anleihen für nicht mehr als zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) sein sollen. Im Einklang mit dem Vorschlag des „EU-Quartetts“ sprach sich François Hollande in seinem Wachstumspapier Mitte Juni für die Einführung von Euro-Bills aus.²³

Die Erklärung des EU-Gipfels Ende Juni enthält jedoch weder die Möglichkeit einer Einführung von Eurobonds, noch greift sie die Idee der Euro-Bills auf. Somit ist das Thema der Gemeinschaftsanleihen vorerst vom Tisch, auch wenn Italiens Ministerpräsident Mario Monti während des Gipfels sagte, dass durch die Verhandlungen der Weg für gemeinschaftliche Anleihen geebnet sei.²⁴ Es bleibt weiterhin offen, ob gemeinsame Anleihen die Zinsen für krisengeplagte EU-Partner deutlich senken würden, ohne eine unbegrenzte Haftung der stabilen Länder durchsetzen zu müssen, und ob auf lange Sicht gemeinschaftliche Anleihen im Zusammenhang mit einer integrierten Politischen Union einen möglichen Baustein einer Fiskalunion darstellen werden.

SCHULDENTILGUNGSFONDS

Eine weitere, viel diskutierte Option gegen die Schuldenkrise ist der europäische Schuldentilgungspakt. Dieser von dem deutschen Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vorgelegte Vorschlag sieht einen zeitlich begrenzten Schuldentilgungsfonds vor. Demnach sollen Staaten ihre Schulden, welche die vom Maastrichter Vertrag festgelegte Schuldenobergrenze von 60 Prozent des BIPs übersteigen, in einen Fonds auslagern und innerhalb von 20 bis 25 Jahren tilgen. So würden alle beteiligten Staaten zwar gemeinsam für die Schulden haften, doch jedes Land wäre für die Tilgung der eigenen Überschuldung zuständig. Voraussetzung hierfür wäre allerdings eine strikte fiskalische Disziplin, die der Sachverständigenrat wie folgt durchzusetzen vorschlägt: Neben der Einführung von nationalen Schuldenbremsen, wie bereits im Fiskalpakt entschieden, wäre ein Aufschlag auf nationale Steuern – vergleichbar zum deutschen Solidaritätszuschlag – notwendig. Des Weiteren schlägt der Sachverständigenrat gemeinsam festgelegte mittelfristige Konsolidierungs- und Wachstumsstrategien für alle teilnehmenden Staaten vor. Außerdem sollten nationale Währungsreserven als Sicherheiten beim Fonds hinterlegt werden, um die Haftungsrisiken zu senken und eine Eigenbeteiligung sicherzustellen. Insgesamt würden bei diesem Projekt Schulden in Höhe von 2,3 Billionen Euro zusammenkommen. Deutschland würde, nach Berechnungen des Sachverständigenrats, nach Italien den zweitgrößten Anteil der Schuldenmenge (20 Prozent des BIP, also ca. 500



Millarden Euro) stellen. Dieser Fonds stünde allerdings nur Staaten zur Verfügung, deren Schuldenstand mehr als 60 Prozent des BIPs beträgt und die nicht von der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) oder dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) unterstützt werden.²⁵

Mittlerweile findet dieses Modell immer mehr Befürworter. Neben dem „EU-Quartett“, dem Europäischen Parlament und Teilen der deutschen Opposition²⁶, sprach sich auch Frankreichs Premierminister Jean-Marc Ayrault sowie sein Arbeitsminister Michel Sapin für eine solche Regelung aus.²⁷

Eine strikte Ablehnung erfährt der Vorschlag allerdings von der Bundesregierung und der Bundesbank. In einem Interview mit der *Bild am Sonntag* sagte Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler zum Thema Tilgungsfonds: „Da gilt genau das, was ich zu Eurobonds gesagt habe. Sie können doch keinem Bürger erklären, warum er für die Schulden aufkommen soll, die andere Staaten in der Vergangenheit gemacht haben.“²⁸ Des Weiteren hat die Bundeskanzlerin durch die Haftung für die Schulden anderer Staaten verfassungsrechtliche Bedenken.²⁹ Insgesamt würde diese Option weitreichende Änderungen der EU-Verträge benötigen und wäre somit nicht als kurzfristige Hilfestellung für Länder, welche von der Staatsschuldenkrise betroffen sind, geeignet.

Aus diesen Gründen scheint diese Option wenig konsensfähig zu sein und kann aller Wahrscheinlichkeit nach als kurz- oder mittelfristige Lösung ausgeschlossen werden.

BANKENUNION

Ein weiterer Vorschlag zur Lösung der aktuellen Krise in der Eurozone ist eine europäische Bankenunion. Die Folgen der Einführung eines solchen Mechanismus werden momentan unter den deutschen Experten heftig diskutiert: Während Kritiker hierin einen Schritt in Richtung Haftungsgemeinschaft sehen, sind die Verteidiger dieser Idee eher der Meinung, dass es vielmehr darum geht, die Verflechtung zwischen der Solvenzsicherung der Banken und der Finanzen der Staaten zu durchbrechen, um somit die gegenseitige Ansteckungsgefahr zu verringern. Eine europäische Bankenunion könnte daher ihrer Meinung nach zu einem einheitlichen regulatorischen Rahmen für alle Banken des Euro-raums führen sowie die EU mit Interventionsmechanismen gegenüber insolvenzgefährdeten Banken ausstatten.³⁰

Nach Plänen der EU-Kommission sollte eine Bankenunion aus drei Teilen bestehen: einer europäischen Bankenaufsicht, einer gemeinsamen Einlagensicherung sowie einem Rettungsfonds für Banken.³¹ Die Forderung nach dieser Option wurde von dem „EU-Quartett“ in ihrem zuvor genannten Report wiederholt.³² Der erste Punkt würde der – insbesondere von Deutschland geforderten – Verlagerung

von Kontrolle nachkommen und den EU-Institution mehr Eingriffsrechte in die nationalen Bankensektoren geben.

Bundeskanzlerin Merkel zeigte sich Anfang Juni auch generell offen für eine Bankenunion, definierte diese allerdings als mittelfristiges Ziel, welches ähnlich wie die Eurobonds vorherige Kontrollbefugnisse für die EU benötige.³³ EU-Kommissionspräsident Barroso möchte hingegen die ersten Schritte zur Umsetzung noch dieses Jahr gehen.³⁴

Die genauen Eckpunkte einer solchen Maßnahme sind jedoch noch sehr unklar. Es kursieren verschiedene Vorschläge und Vorstellungen über den zeitlichen Rahmen sowie den Umfang einer Bankenunion. Ein Vorschlag ist zunächst, nur die größten zwanzig bis dreißig international agierenden Banken unter die europäische Bankenaufsicht zu stellen. Deutschland schlägt hingegen vor, dass insgesamt nur die zwanzig größten bzw. die „systemrelevanten Banken“³⁵ unter europäischer Aufsicht stehen sollen. Dies dürfte Frankreich wiederum nicht recht sein, da dort, im Gegensatz zu Deutschland, wenige große Banken den Markt dominieren. Außerdem ist noch unklar, ob eine Bankenunion alle 27 Mitgliedstaaten umfassen kann. Deutschland plädiert dafür, um den gemeinsamen Markt zu erhalten. Eine Zustimmung Großbritanniens wird allerdings schwer zu erreichen sein.³⁶ Eine weitere Kontroverse an diesem Lösungskonzept ist die Änderung der EU-Verträge. Während von den meisten Seiten stets Vertragsänderungen als Voraussetzung für eine funktionierende Bankenunion genannt wurden, ließ der Kommissionspräsident Mitte Juni verlauten, dass die Verträge nicht unbedingt verändert werden müssten. Dies stößt sowohl in Deutschland als auch in Großbritannien auf Widerstand.³⁷

In Bezug auf die Bankenaufsicht konnte auf dem EU-Gipfel eine Entscheidung erreicht werden. So wurde beschlossen, dass – einem französischen Vorschlag folgend – die EZB Kompetenzen für eine Bankenaufsicht im Euro-Raum erhalten soll. Die Details einer solchen Kompetenzübertragung soll nun die Europäische Kommission prüfen und ausarbeiten, um eine zügige Umsetzung des Beschlusses zu ermöglichen.

Kritiker bemängeln die daraus resultierende Machtsteigerung der EZB und geben zu bedenken, dass anders als die bisherige Europäische Bankenaufsicht (EBA) die EZB keinerlei demokratischer Kontrolle untersteht.³⁸ Hinzu kommt, dass jedes Land nur eine Stimme im Entscheidungsgremium der EZB hat, und dass die Vertreter der Bundesbank seit einiger Zeit regelmäßig überstimmt worden sind, was in Deutschland für Ärger sorgt.³⁹ Dennoch hat sich die Bundeskanzlerin im Vorfeld des Gipfels für eine erweiterte Rolle der EZB in der Bankenaufsicht des Euro-Raums ausgesprochen und die Gipfel-Entscheidung unterstützt.⁴⁰ Vor dem Bundestag sagte sie am 29. Juni: „Ich kann das auch sehr gut begründen,



weil die Europäische Zentralbank als die Bank, die den Banken überall Geld und Liquidität zur Verfügung stellt, natürlich ein immanentes Interesse daran hat, dass diese Banken in Ordnung sind, weil ansonsten die Europäische Zentralbank selber in Probleme geriete“.⁴¹

DIE ROLLE DER EUROPÄISCHEN ZENTRALBANK

Gefußt auf unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Traditionen gehen die Meinungen über die Rolle der EZB weit auseinander. Während die Bundesregierung zu stabilen Preisen und einer unabhängigen Zentralbank drängt (da sich ihrer Meinung nach die Geldpolitik grundsätzlich nicht in den Dienst der Fiskalpolitik stellen darf), fordern andere EU-Partner eine stärkere Involvierung der EZB in der Krisenbewältigung.

Die Frage, wie weit die Europäische Zentralbank z. B. günstige Kredite vergeben oder an den Ankäufen nationaler Staatsanleihen beteiligt sein sollte, ist eng mit eben diesen Traditionen verknüpft. Die „Lösung des billigen Geldes“ der EZB stellt die wohl flexibelste Maßnahme dar: Die Zentralbank hat in der Vergangenheit schnell und mit wenig Aufwand Krisenländern und ihren Banken finanzielle Hilfe zukommen lassen. Ebenso schnell kann sie diese wieder entziehen, wenn die Staaten die von der EU gesetzten Regeln zur Wirtschaftsreform brechen.⁴² Insbesondere bei der Rekapitalisierung angeschlagener Banken könnte die EZB eine entscheidende Rolle spielen. Wie das Beispiel Spanien zeigt, ist die Unterstützung nationaler Banken über EFSF-Kredite (bzw. ESM-Kredite) an den Staat keine effektive Hilfestellung für Krisenländer. Allein im Dezember 2011 und Februar 2012 stellte die EZB Kredite von insgesamt einer Milliarde Euro zum Leitzins von 1,0 Prozent bereit, und im Juli 2012 senkte sie den „Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte des Eurosystems“ auf einen historischen Tiefstand von 0,75 Prozent.⁴³ Auch brachte die Zentralbank durch den Ankauf von Staatsanleihen schon viel Geld in die Krisenländer der Eurozone. Diese Käufe wurden allerdings Mitte März eingestellt.⁴⁴

Für viele Beobachter in Deutschland ist dieser Schritt richtig, denn diese Tätigkeit geht am eigentlichen Auftrag der EZB vorbei, welche vorrangig für stabile Preise in der Währungsunion sorgen soll. Diese Position ergibt sich aus dem Gebot des Schutzes des Privateigentums, denn wenn die EZB die Märkte flutet oder im Anleihegeschäft interveniert, führt dies möglicherweise zu Inflation, was mit Enteignung von Sparvermögen gleichgesetzt werden kann. Außerdem würden die Mitgliedstaaten im Verlustfall beim Anleihegeschäft ihr Kapital an der EZB erhöhen müssen.

Einem Vorschlag des Euro-Gruppenchefs Jean-Claude Juncker folgend, forderte Präsident Hollande vor dem EU-Gipfel im Juni, dem Europäischen Stabilitätsmechanismus diese, bisher von der EZB ausgeführten, Krisenmechanismen zu ermöglichen. Mit einer Bankenlizenz für den ESM wäre, Befürwortern zufolge, die Unabhängigkeit der EZB weiterhin gewahrt, und der sogenannte Euro-Rettungsschirm hätte weiterreichende Möglichkeiten zur Krisenbewältigung. Durch einen rechtlichen Status als Bank könnte der ESM Kredite direkt bei der EZB aufnehmen und somit durch Re-finanzierungsgeschäfte seine finanziellen Möglichkeiten vervielfachen. Man hofft, dass dieses erhöhte finanzielle Volumen demnach auch zur Rettung größerer Mitgliedstaaten der Eurozone reichen würde. Kritiker bemängeln jedoch die hohe Inflationsgefahr und das steigende Risiko für die haftenden Mitgliedstaaten. Weiterhin käme der deutschen Bundesregierung zufolge dieser Mechanismus einer direkten Finanzierung von Staatsausgaben durch die Notenbank gleich. Da dies durch die europäischen Verträge verboten ist, lehnen die Bundesregierung sowie die Bundesbank diese Pläne ab.⁴⁵

Jedoch musste eine Möglichkeit gefunden werden, den Teufelskreis zwischen Staatsschulden und Banken Krisen zu durchbrechen. Der Vorschlag, der EZB die Bankenaufsicht des Euro-Raums anzuvertrauen, stellte eine Kompromisslösung dar, die in Verbindung mit dem Vorschlag Frankreichs zur Erweiterung der Kompetenzen des ESM zu einem Entschluss auf dem EU-Gipfel Ende Juni führte. **Nach Einführung der Bankenaufsicht** wird der Stabilitätsmechanismus demnach befugt sein, Notkredite direkt an Banken zu vergeben, um die Staaten vor weiterer Verschuldung zu bewahren. Die Haftungsrisiken Deutschlands werden dadurch aber nicht größer.⁴⁶ Darüber hinaus kann der ESM Staatsanleihen von Euroländern auf dem Primär- und Sekundärmarkt ankaufen, um die Zinssätze zu drücken. Hierbei muss allerdings weiterhin der Mitgliedstaat einen Antrag stellen. Durchgesetzt hat sich die deutsche Delegation mit der Ablehnung eines Bankenstatus für die ESM. Somit hat der Stabilitätsmechanismus keine Möglichkeiten, sich weiteres Geld bei der EZB zu leihen.

Bei einem Treffen der Eurogruppe am 9. Juli 2012 unterstrichen die Finanzminister der 17 Euroländer noch einmal die Rolle der länderspezifischen Empfehlungen der Europäischen Kommission in der Vergabe von Hilfsmitteln. Konkrete Auflagen, die an die Zahlungen des ESM geknüpft werden sollen, sind jedoch trotz des angekündigten *Memorandum of Understanding*, das die Konditionalität der Hilfe festlegen soll, noch weiterhin unklar. Sicher scheint nur, dass Länder, welche die Spar- und Reformvorgaben der länderspezifischen Empfehlungen der Kommission nachweisbar umsetzen, einen vereinfachten Zugang zu den Krediten des ESFS bzw. ESM bekommen sollen, wenn sie eine Unterstützung



beantragen. Schon jetzt kritisieren viele die Aufweichung der Kontrollmechanismen und warnen vor einem Erlahmen der Reformbemühungen in den Krisenländern parallel zur Entwicklung einer „Schuldenunion“.⁴⁷ Wie streng und wie viel Kontrolle und Konditionalität der Hilfszahlungen nach den Entscheidungen des EU-Gipfels und des Eurogruppentreffens übrig bleiben werden, wird sich am 14./15. September beim informellen Treffen der Wirtschafts- und Finanzminister in Zypern zeigen.

AUF DEM WEG ZU EINER POLITISCHEN UNION?

Insgesamt zeichnen sich bei den europapolitischen Diskussionen, die in den jeweiligen Euroländern sowie in Brüssel im Rahmen des EU-Gipfels Ende Juni stattgefunden haben, zwei Ebenen der Krisenpolitik ab: eine langfristige und eine kurzfristige. Während Spanien, Italien und Frankreich, die sich nachvollziehbar in einer mehr oder weniger schwierigen wirtschaftlichen Situation befinden, auf schnelle und finanzstarke Mechanismen pochen, um die Krise in der Eurozone zu bekämpfen, setzen Länder wie Deutschland, die Niederlande und Finnland auf Haushaltskonsolidierung, tiefgreifende Strukturreformen und eine bessere Koordinierung innerhalb der Eurozone. Der Schlüssel zur Lösung ist sicherlich, diese zwei Ebenen nicht exklusiv, sondern komplementär zu behandeln.

Mit dem Ergebnis des EU-Gipfels Ende Juni konnte ein Kompromiss gefunden werden, der einerseits Ländern in finanzieller Not Hoffnung auf eine Unterstützung durch die EFSF bzw. den ESM und der EZB gibt, und andererseits durch die Bankenaufsicht Koordinierung und Durchgreifrechte auf die europäische Ebene überträgt. Mit dem europäischen Wachstumspaket von 120 Milliarden Euro und der Betonung der Relevanz der länderspezifischen Empfehlungen der Kommission zur Schaffung von Haushaltskonsolidierungen und Strukturreformen konnte zudem ein Weg gefunden werden, um schnell wirkende Wachstumsförderungen mit langfristigen Strukturreformen zu verknüpfen.

Die weiteren Mechanismen zur Stabilisierung der EWWU, über die vor allem in Bezug auf das Papier des „EU-Quartetts“ zur Vorbereitung des Gipfels europaweit sehr viel diskutiert worden ist, befinden sich momentan noch in der Konzeptions- und Diskussionsphase.⁴⁸ Dabei geht es vor allem um die Schaffung einer integrierten Finanz- und Haushaltspolitik, möglicherweise durch die Gründung einer Bankenunion sowie die Einführung von Eurobonds bzw. Euro-Bills oder eines europäischen Schuldentilgungsfonds parallel zu Fortschritten bei der Haushaltsdisziplin und der Wettbewerbsfähigkeit.

Für die deutsche Regierung darf bei allen Optionen der Krisenlösung nicht vergessen werden, dass Solidarität und Eigenverantwortung (Solidität) zwei Seiten derselben Medaille sind. Ohne einklagbare Verpflichtungen sowie eine strenge europäische Kontrolle der nationalen Verschuldungspolitik und des Bankensektors ist eine gemeinsame Haftung, sei es durch Eurobonds bzw. Euro-Bills oder eine Bankenunion mit Einlagensicherungsfonds, nicht zu rechtfertigen. Die Bürger der stabilen Euro-Staaten haben ein Recht darauf, dass die Haftung für schwächere Staaten nur gegen mehr europäische Koordinierung und Kontrolle eingetauscht werden kann. Insofern ist die Konkretisierung der Vorschläge des „EU-Quartetts“ unter folgender Voraussetzung durchaus begrüßenswert: Die kommenden Entscheidungen sollen zu einer Stärkung der Wirtschafts- und Währungsunion – u. a. durch mehr Haushaltsdisziplin und Wettbewerbsfähigkeit – in der Eurozone beitragen und nicht einfach zu einer mittelfristigen Vergemeinschaftung der Schulden der Banken und Länder führen. In diesem Zusammenhang hat Bundeskanzlerin Merkel Mitte Juni noch einmal zu Recht betont, dass „Deutschlands Kräfte (...) nicht unbegrenzt [sind]“.⁴⁹

Der Bericht des „EU-Quartetts“ argumentiert in dieselbe Richtung wie die Bundesregierung und betont die starke Konditionalität, die mit dem Aufbau einer Fiskalunion verbunden sein muss. So sind für die EU-Spitzen „effektive Mechanismen zur Verhütung und Korrektur einer nicht tragfähigen Haushaltspolitik in jedem Mitgliedstaat von wesentlicher Bedeutung.“ Dafür könnten Obergrenzen für den jährlichen Haushalt und Schuldenstand der einzelnen Mitgliedstaaten gemeinsam festgelegt werden. Dies wäre mit einer Vorabgenehmigungspflicht im Falle eines Überschreitens der festgelegten Schwelle sowie Änderungsforderungen der Haushaltsrahmen seitens der EU-Institutionen verbunden.⁵⁰

Die Finanzierung eines Teils der Eurozone durch einen anderen Teil stellt in der Tat keinen nachhaltigen Weg zur Vertiefung der EU-Integration dar. Wenn in der Zukunft weitere finanzielle Hilfen innerhalb der Eurozone nötig sind, dann sollten diese sich in Grenzen halten, in einem klaren Rahmen und mit einem klaren Ziel getätigt werden und nicht zur Existenzberechtigung der EWWU werden.

Langfristig wird weder die Eurozone noch die gesamte EU durch das 120-Milliarden-Euro-Wachstumspaket, dessen Auswirkungen sich noch zeigen müssen, oder die Rettungsmechanismen stabilisiert werden können. Diese Maßnahmen können nur für eine kurzfristige Krisenbekämpfung nützlich sein. So bleiben tiefgreifende Strukturreformen auf nationaler Ebene sowie die Implementierung der länderspezifischen Empfehlungen der Kommission, des Fiskalpakts und des Euro-Plus-Pakts absolut unentbehrlich, um langfristig Krisen zu verhindern. Die letzten Jahre haben gezeigt, dass eine gemeinsame Währungspolitik nicht ohne eine gemeinsame



Finanz- und Wirtschaftspolitik sowie vergleichbare Wettbewerbsfähigkeiten bestehen kann.

Die Bundesregierung hat dies erkannt und ist für den Aufbau einer Politischen Union mit der Übertragung weiterer Kompetenzen zur Kontrolle und Koordinierung auf die Europäische Union bereit. Zu diesem Thema äußern sich Bundeskanzlerin Merkel sowie Bundesfinanzminister Schäuble regelmäßig. Der Finanzminister betonte in den letzten Monaten mehrmals die Notwendigkeit einer Neustrukturierung der EU für eine effiziente Vertiefung der europäischen Integration, u. a. mit der Direktwahl des Kommissionspräsidenten parallel zur Stärkung der Kommission und des Europäischen Parlaments sowie einer besseren Einbindung der nationalen Parla-
mente.⁵¹

Die deutsche Exekutive hat damit erkannt, dass sich die Europäer in Bezug auf die Wirtschafts- und Währungsunion an einem Scheideweg befinden. Entweder machen die Euroländer dezidiert weiter und vollenden dieses Projekt – eine Option, die die Bundesregierung klar unterstützt –, oder sie müssen über konkrete Alternativen nachdenken. Die Verteidigung des Status quo ist auf jeden Fall auf lange Sicht nicht wünschenswert, weil sie folgende Fragen nicht beantwortet: Wo wollen wir hin? Was ist die beste Option, um weiterhin Wohlstand und Stabilität in der gesamten EU zu sichern? Der entscheidende Punkt in diesem Zusammenhang ist folgender: Sind alle Regierungen der Euroländer zu einer grundlegenden Debatte diesbezüglich auch bereit? Die bisherigen, sehr vorsichtigen und nebulösen Äußerungen der neuen französischen Regierung zu diesem Thema sind ein klarer Beweis dafür, dass dies nicht sicher ist.⁵² Fakt ist auch, dass diese Frage beim letzten EU-Gipfel wenig angesprochen wurde und dass die nationalen Öffentlichkeiten in der EU sich damit wenig auseinanderzusetzen scheinen.

Solange diese Debatte in den jeweiligen Mitgliedstaaten der EU bzw. der Eurozone nicht geführt wird, wird auch Unsicherheit in Bezug auf die zukünftige Gestaltung der EU herrschen, was wiederum nicht nur Unsicherheit an den Märkten, sondern im Besonderen auch in der Bevölkerung schürt. Aus diesem Grund ist der Fahrplan zur weiteren europäischen Integration, den Herman Van Rompuy in enger Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten und dem Europäischen Parlament bis zum Ende des Jahres vorbereiten soll, so wichtig. Er kann dazu beitragen – wenn die jeweiligen Regierungen dazu bereit sind –, eine breite Diskussionsgrundlage zur weiteren Gestaltung der EU in den Mitgliedstaaten zu schaffen und die Öffentlichkeit wieder stärker in die Planung und Umsetzung der europäischen Integration einzubeziehen.

Gerade vor dem Hintergrund einer steigenden Euroskepsis darf dieser Aspekt nicht vernachlässigt werden. Unter anderem die schwierigen Verhältnisse in den Ländern, welche am härtesten von der Schuldenkrise betroffen sind, sowie die Hilfszahlungen der Geberländer führen schon jetzt zu einer negativen Stimmung in der Öffentlichkeit gegenüber der Gemeinschaftswährung. Neben den oben genannten Herausforderungen im Bereich der europäischen Konsensfindung müssen daher große Anstrengungen aufgewendet werden, um mit einer breiten Öffentlichkeit eine grundsätzliche Debatte zur Zukunft Europas zu führen.

WEITERE PUBLIKATIONEN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG ZU DIESEM THEMA:

- *Dr. jur. Stefan Gehrold, Olaf Wientzek, Michael Herrmann: „Krisenmanagement und erste Bausteine für eine Politische Union. Europäischer Ratsgipfel vom 28./29. Juni 2012“, Länderbericht des Europabüros Brüssel, 2012.*
<http://www.kas.de/bruessel/de/publications/31484/>
- *David Gregosz, Sebastian Müller, Eva Rindfleisch, Matthias Schäfer, „Fragen und Antworten zur Eurokrise“, 2012.*
<http://www.kas.de/wf/de/33.30726/>
- *Matthias Schäfer, David Gregosz, „Perspektiven einer gemeinsamen Stabilitätskultur in Europa“, Im Plenum Kompakt, 2012.*
<http://www.kas.de/wf/de/33.30873/>
- *Susanna Vogt, Manuel Peter, „Die europäische Schuldenkrise überwinden“, Im Plenum Kompakt, 2012.*
<http://www.kas.de/wf/de/33.30874/>
- *Werner Becker, „Der Euro – Währung für Europa“, 2012.*
<http://www.kas.de/ecuador/de/publications/30226/>
- *Dr. Céline-Agathe Caro, David Gregosz, „Warum brauchen wir den Euro? - Gute Gründe und populäre Irrtümer“, Analysen und Argumente, 2011.*
<http://www.kas.de/wf/de/33.23662/>



- 1] Als Vorlauf zum EU-Gipfel Ende Juni wurden verschiedene Details zu den Wachstumsplänen Deutschlands und Frankreichs bekannt. Quelle für den deutschen Wachstumsplan: Gemeinsames Papier der Bundesregierung und der Fraktionen im Deutschen Bundestag: „Pakt für nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung“, 21.06.2012.
Quelle für den französischen Wachstumsplan: TheEpochTimes Deutschland: „Journal du Dimanche: Hollande will 120 Milliarden Euro fürs Wachstum“, 17.06.2012. <http://www.epochtimes.de/hollande-will-120-milliarden-euro-fuers-wachstum-913494.html>, [18.06.2012]. Handelsblatt: „Hollande will ESM zur Bankenaufsicht ausbauen“, 20.06.2012. <http://www.handelsblatt.com/politik/international/pakt-fuer-wachstum-in-europa-hollande-will-esm-zur-bankenaufsicht-ausbauen/6774518.html> [20.06.2012]
- 2] Siehe u. a. dazu.: Europäischer Rat: „Erklärung der Mitglieder des Europäischen Rates“, Brüssel, 30. Januar 2012. http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/127623.pdf [02.07.2012]
- 3] EurActiv.de: „Pilotphase der Projekt-Bonds gestartet“, 23.05.2012. <http://www.euractiv.de/infrastruktur-und-verkehr/artikel/pilotphase-der-projekt-bonds-gestartet-006335> [18.06.2012]
- 4] Gemeinsames Papier der Bundesregierung und der Fraktionen im Deutschen Bundestag, a. a. O.
- 5] Europäischer Rat: „Schlussfolgerungen der Tagung des Europäischen Rates vom 28./29. Juni 2012“, Brüssel, 29.06.2012. http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/131398.pdf, [02.07.2012]
- 6] Pressekonferenz Bundeskanzlerin Merkel, italienischer MP Monti, französischer StP Hollande und spanischer MP Rajoy, Rom, 22.06.2012
- 7] Europäischer Rat: „Schlussfolgerungen der Tagung des Europäischen Rates vom 28./29. Juni 2012“, a.a.O., S. 11
- 8] Siehe dazu: Stefan Gehrold, Olaf Wientzek, Michael Herrmann, „Krisenmanagement und erste Bausteine für eine Politische Union. Europäischer Ratgipfel vom 28./29. Juni 2012“, Länderbericht des Europabüros Brüssel, Konrad-Adenauer-Stiftung, 28./29. Juni 2012. <http://www.kas.de/bruessel/de/publications/31484/> [05.07.2012]
- 9] Europäischer Rat: „Schlussfolgerungen der Tagung des Europäischen Rates vom 28./29. Juni 2012“, a. a. O., S.13
- 10] Siehe u. a.: F.A.Z. Online: „Ayrault: Ausgeglicherer Haushalt bis 2017“, 03.07.2012. <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/frankreich-ayrault-ausgeglicherer-haushalt-bis-2017-11808697.html> [04.07.2012]
- 11] Bundesregierung: „Mehr Wachstum für Europa: Beschäftigung – Investitionen – Innovationen“, 04.06.2012.
- 12] Handelsblatt: „Hollande will ESM zur Bankenaufsicht ausbauen“, a. a. O.
- 13] Handelsblatt: „Hollande reformiert in kleinen Dosen“, 10.07.2012
- 14] Zu den länderspezifischen Empfehlungen der Kommission, siehe: http://ec.europa.eu/europe2020/making-it-happen/country-specific-recommendations/2011/index_de.htm [12.07.2012].
Die Strategie „Europa 2020“ ist eine EU-Initiative aus dem Jahr 2010 zur Förderung eines nachhaltigen Wachstums und Beschäftigung durch Innovation in Europa. Sie zielt u. a. darauf ab, die Wettbewerbsfähigkeit, die Produktivität, das Wachstumspotenzial, den sozialen Zusammenhalt und die wirtschaftliche Konvergenz innerhalb der EU zu steigern. Siehe die Webseite der EU-Kommission dazu: http://ec.europa.eu/europe2020/europe-2020-in-a-nutshell/flagship-initiatives/index_de.htm [04.07.2012].
- 15] Europäischer Rat: „Schlussfolgerungen der Tagung des Europäischen Rates vom 28./29. Juni 2012“, a.a.O., S. 8
- 16] Süddeutsche Zeitung: „Spanien muss Rekordzinsen für Anleihen zahlen“, 18.06.2012. <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/trotz-erleichterung-ueber-griechenland-wahl-renditen-fuer-spaniens-anleihen-ueberschreiten-kritische-marke-1.1385800>, [18.06.2012]
- 17] Handelsblatt: „Ein schlechtes Geschäft für Deutschland“, 09.06.2012. <http://www.handelsblatt.com/politik/international/euro-bonds-ein-schlechtes-geschaeft-fuer-deutschland/6726274.html>. [12.06.2012]
- 18] BVerfG, 2 BvR 987/10 vom 07.09.2011, Absatz-Nr. 128
- 19] Siehe: Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB vor dem Deutschen Bundestag zum Europäischen Rat am 28./29. Juni 2012, Berlin, 27.06.2012
- 20] Herman Van Rompuy: „Auf dem Weg zu einer echten Wirtschafts- und Währungsunion“, Brüssel, 26.06.2012, S. 6. http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/131294.pdf [11.07.2012]
- 21] Die Zeit: „Wir werden uns schon einig“. Ein Interview von Jörg Lau und Gero von Randow mit Jean-Marc Ayrault, 21.06.2012
- 22] Herman Van Rompuy: „Auf dem Weg zu einer echten Wirtschafts- und Währungsunion“, a. a. O., S. 6
- 23] TheEpochTimes Deutschland: „Journal du Dimanche: Hollande will 120 Milliarden Euro fürs Wachstum“, a. a. O.
- 24] Handelsblatt: „Banken dürfen sich beim Rettungsfonds bedienen“, 29.06.2012. <http://www.handelsblatt.com/politik/international/euro-gipfel-banken-duerfen-sich-beim-rettungsfonds-bedienen-seite-all/6813286-all.html>, [29.06.2012]
- 25] Sachverständigenrat zur Begutachtung gesamtwirtschaftlicher Entwicklung: „Auszug aus dem Jahresgutachten 2011/2012 – Ein Schuldentilgungspakt für Europa“ (Textziffern 184 bis 197). http://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/fileadmin/dateiablage/download/ziffer/z184_z197j11.pdf, [21.06.2012]
- 26] SPD und Grüne sprachen sich für einen Schuldentilgungsfonds aus. Jedoch wurde diese Forderung bei den Verhandlungen um die Ratifizierung des Fiskalpakts ausgelassen.
- 27] Welt Online: „Frankreich wirbt für europäischen Schuldentilgungsfonds“, 20.06.2012. http://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/fileadmin/dateiablage/download/ziffer/z184_z197j11.pdf, [21.02.06.2012]
- 28] Bild am Sonntag: „Was passiert mit dem Euro, wenn die Griechen heute den Falschen wählen?“, 17.06.2012
- 29] Siehe: Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB vor dem Deutschen Bundestag am 27. Juni 2012, a. a. O.
- 30] Zum aktuellen Streit unter den deutschen Ökonomen siehe u. a. Manager Magazin: „Die Wut der Professoren“, 10.07.2012. <http://www.manager-magazin.de/politik/deutschland/0,2828,843692,00.html>, [12.07.2012]. Handelsblatt: „Buhmann Bankenunion“, 11.07.2012. <http://www.handelsblatt.com/meinung/kolumnen/kurz-und-schmerzhaft/professor-chiffre-buhmann-bankenunion/6856658.html> [12.07.2012]
- 31] Europäische Kommission: „The banking union“, MEMO/12/413, 06.06.2012. <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/12/413&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>, [20.06.2012]
- 32] Herman Van Rompuy: „Auf dem Weg zu einer echten Wirtschafts- und Währungsunion“, a.a.O., S. 4-5
- 33] EurActiv.de: „Merkel offen für Bankenunion“, 05.06.2012. <http://www.euractiv.de/284/artikel/merkel-offen-fr-bankenunion-006376>, [09.07.2012]
- 34] Handelsblatt: „Koalition feuert Breitseite auf Barroso“, 14.06.2012. <http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/debatte-ueber-bankenunion-koalition-feuert-breitseite-auf-barroso/6752774.html>, [09.07.2012]
- 35] Siehe: Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB vor dem Deutschen Bundestag am 27. Juni 2012, a. a. O.
- 36] The Wall Street Journal: „Die vier Schritte zu einer Bankenunion“, 14.06.2012. http://www.wallstreetjournal.de/article/SB10001424052702303734204577466423067968892.html?mod=WSJDE_latestheadlines [18.06.2012]
- 37] F.A.Z. Online: „Barroso: Bankenunion auch ohne Vertragsänderung“, 12.06.2012. <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/schuldenkrise-barroso-bankenunion-auch-ohne-vertragsaenderung-11782806.html>, [15.06.2012]



- 38| Handelsblatt: „Droht der EZB der politische Würgegriff?“, 18.06.2012. <http://www.handelsblatt.com/politik/konjunktur/geldpolitik/umstrittener-machtzuwachs-droht-der-ezb-der-politische-wuergegriff/6765022.html>, [18.06.2012]
- 39| F.A.Z. Online: „EU-Gipfel: Die Schuldenunion rückt näher“, 29.06.2012. <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/europas-schuldenkrise/eu-gipfel-die-schuldenunion-rueckt-naeher-11803759.html> [29.09.2012]
- 40| Siehe: Rede von Bundeskanzlerin Angela Merkel anlässlich des „Tages des deutschen Familienunternehmens“ der Stiftung Familienunternehmen in Berlin, 15.06.2012, <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Rede/2012/06/2012-06-15-merkel-familienunternehmen.html>, [19.06.2012] sowie die Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB vor dem Deutschen Bundestag, Berlin, 29.06.2012
- 41| Ebd.
- 42| Die Zeit: „Vier Optionen für den Euro“, 07.06.2012
- 43| Europäische Zentralbank: „Pressemitteilung Geldpolitische Beschlüsse“, 05.07.2012. <http://www.ecb.int/press/pr/date/2012/html/pr120705.de.html>, [09.07.2012]
- 44| Handelsblatt: „EZB will vorerst keine Staatsanleihen kaufen“, 04.07.2012. <http://www.handelsblatt.com/politik/konjunktur/geldpolitik/notenbanker-ezb-will-vorerst-keine-staatsanleihen-kaufen/6833282.html>, [12.07.2012]
- 45| Handelsblatt: „IWF warnt vor Risiken“, 09.06.2012. <http://www.handelsblatt.com/politik/international/banklizenz-fuer-den-esm-iwf-warnt-vor-risiken/6726202.html>, [20.06.2012]
- 46| Handelsblatt: „Buhmann Bankenunion“, a. a. O.
- 47| F.A.Z. Online: „EU-Gipfel: Die Schuldenunion rückt näher“, 29.06.2012. <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/europas-schuldenkrise/eu-gipfel-die-schuldenunion-rueckt-naeher-11803759.html> [29.09.2012]
- 48| Der EU-Gipfel hat den Präsidenten des Europäischen Rats, Herman Van Rompuy, mit der Erarbeitung eines konkreten Fahrplans bis zum Jahresende beauftragt. Dieser Fahrplan soll in enger Zusammenarbeit mit dem Rest des „Quartetts“ sowie mit den Mitgliedstaaten und dem Europäischen Parlament vorbereitet werden. Ein erster Zwischenbericht soll beim nächsten EU-Gipfel im Herbst vorgelegt werden. Siehe: Europäischer Rat: „Schlussfolgerungen der Tagung des Europäischen Rates vom 28./29. Juni 2012“, a. a. O.
- 49| Siehe: Regierungserklärung durch Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB zum G-20-Gipfel am 18./19. Juni 2012 in Los Cabos (Mexiko) vor dem Deutschen Bundestag, 14. 06.2012
- 50| Herman Van Rompuy: „Auf dem Weg zu einer echten Wirtschafts- und Währungsunion“, a. a. O., S. 5
- 51| Siehe u. a.: Rede des Bundesministers der Finanzen Dr. Wolfgang Schäuble anlässlich der Verleihung des Internationalen Karlspreises zu Aachen am 17. Mai 2012
- 52| Siehe u. a.: Handelsblatt: „Hollande will ESM zur Bankenaufsicht ausbauen“, a. a. O. ; Euractiv.fr: „Hollande pose les jalons de son plan pour l'Europe, Merkel tempère les attentes“, 15.06.2012, http://www.euractiv.fr/hollande-pose-jalons-plan-europe-merkel-tempere-attentes-article?utm_source=Newsletters&utm_campaign=3658f91f33-quotidienne&utm_medium=email [16.06.2012] ; Euractiv.fr: „Que veut François Hollande ?“, 06.06.2012. <http://www.euractiv.fr/veut-francois-hollande-article> [09.06.2012]